

derheit aber für den Primas eine Unterstützung. Außer dieser Aufforderung zur Einheit eines nicht ganz einigen Episkopats und der Mahnung, sich hinter den Primas Glemp zu scharen, findet sich in der päpstlichen Ansprache keine einzige Bemerkung, die Kardinal Glemp als persönliche Würdigung seines bisherigen Wirkens interpretieren konnte, eher wurde ihm vom Papst mit der mehrmaligen Erwähnung des Vermächtnisses von Kardinal Wyszyński eine Art „Übervater“ als geradezu unerreichbar groß entgegengehalten (vgl. Tygodnik Powszechny, 26. 6. 83).

Schon seit der Begegnung zwischen Jaruzelski und Glemp am 25. April 1982 war der Kirche klar, daß es für die „Solidarität“ keinen Platz mehr in den gesellschaftlichen und politischen Strukturen Polens geben wird und damit auch zumindest für absehbare Zeit einer öffentlichen Rolle für Gewerkschaftsführer Wałęsa die Basis entzogen war. Es liegt nicht in der Macht des Papstes, die Grundsatzentscheidungen der polnischen Führung rückgängig zu machen. Deshalb ist es auch Unsinn, davon zu sprechen, daß Johannes Paul II. den Gewerkschaftsführer geopfert habe. Er hat ihn weder eingesetzt, noch geopfert (vgl. die Auseinandersetzung um den Artikel von *Virgilio Levi*, im *Osservatore Romano*, 25. 6. 83, dazu auch ds. Heft, S. 386), um einer angeblichen neuen katholischen Gewerkschaft willen, die weder in das strategische Konzept der katholischen Kirche in Polen gehört noch in das

politische Konzept der Warschauer Führung. Vielmehr hat der Papst auf seiner achttägigen Reise und besonders in dem privaten Gespräch mit Wałęsa in Südpolen unterstrichen, daß er die moralischen Werte der Gewerkschaft und der ganzen Gesellschaft teilt. Aber natürlich wußte der Papst auch, daß Wałęsa und das Gewerkschaftsmodell Solidarität im gegenwärtigen Polen politisch keine Chance haben.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß der Papst der politischen Führung die moralische Legitimierung verweigerte, die sie sich erhofft hatte; er respektiert die politischen Realitäten des Systems in dem Sinne, daß er die Nation mahnt, daran zu denken, daß es nicht die Aufgabe der Kirche ist, Haß zu säen und gewaltsam Widerstand gegen die ungeliebte politische Ordnung zu predigen, sondern der Nation die Achtung der Werte zu vermitteln, die im Mittelpunkt der päpstlichen Botschaften während der Reise des Papstes durch Polen standen: Wahrheit – Gerechtigkeit – Vertrauen. Mit diesen Botschaften hat der Papst die unersetzbare Bedeutung der katholischen Kirche für die polnische Regierung und ihre dauerhafte Verankerung im politischen System der Volksrepublik Polen eindrucksvoll unterstrichen, vielmehr aber noch ihre Verwurzelung in allen Schichten und Generationen der polnischen Gesellschaft, tiefer als zuvor in der Nachkriegsgeschichte des – sozialistischen – Polen, bestätigt.

Dieter Bingen

Zwischenbilanz des „Pastoralismus“

Die Kirche in Österreich vor neuen Fragen

Der Österreichische Katholikentag, der vom 9. bis 11. September in Wien stattfindet und der mit dem persönlichen Besuch Johannes Pauls II. eine besondere Aufwertung erhält, drängt die Frage nach der Entwicklung der Kirche in Österreich und ihrer soziokulturellen Gestalt im österreichischen Volkscharakter auf. Anders als in der Bundesrepublik sind Katholikentage in Österreich ein relativ seltenes Ereignis. Seit 1945 haben bisher nur drei solche gesamtösterreichische kirchliche Veranstaltungen stattgefunden, und jetzt wird der vierte Österreichische Katholikentag seit Ende des Zweiten Weltkrieges vorbereitet, der unter dem Motto der Hoffnung stehen wird. Relativ heftige Diskussionen in katholischen Kernschichten mit der Frage, ob denn nicht die „Vision“, die wirklich tragende Idee für diesen Katholikentag fehle, zeigen eine gewisse innere Unsicherheit an, die eine tieferliegende Ungewißheit über den in Zukunft einzuschlagenden Weg erkennen läßt.

Ein neuer Anfang nach 1945

Der österreichische Katholizismus hat nach 1945 einen neuen Anfang versucht. Im Gegensatz zur benachbarten Bundesrepublik wurde nach dem Krieg nicht das breitge-

fächerte katholische Verbandsleben von den Bischöfen wiederbelebt, sondern nach italienischem Beispiel gab der Episkopat einer *einheitlich organisierten Katholischen Aktion* mit ihren Gliederungen den Vorzug. In den späteren Nachkriegsjahren machten auch französische Vorbilder Schule, so etwa die Studentengemeinden, die in allen österreichischen Hochschulstädten gegründet wurden, sowie die milieu-spezifisch arbeitenden Jugendverbände der Jungarbeiter, Mittelschüler und Jungbauern, die in Österreich als Gliederungen der Katholischen Aktion ausgebaut worden sind.

Die einschneidendste Änderung gegenüber der Vorkriegszeit bestand in der Willenserklärung der österreichischen Bischöfe, die schon bei ihrer ersten Zusammenkunft unmittelbar nach Kriegsende in Salzburg feststellten, sie würden in Zukunft jede politische Bindung ablehnen und eine Rückkehr zum Zustand der Kirche vor 1938 nicht in Betracht ziehen. Die Bindung an eine politische Partei sei nicht erwünscht und beabsichtigt, die Priester würden nicht mehr in die aktive Politik zurückkehren. Beim Österreichischen Katholikentag 1952 in Wien faßte der jetzige Kathpress-Herausgeber *Richard Barta* diese programmatischen Leitlinien in den appellartigen Text des „Mariazeller Manifestes“ zusammen, das bis

heute für den Kurs der Kirche in Österreich bestimmend ist, und in dem es u. a. heißt: „Keine Rückkehr zum Staatskirchentum vergangener Jahrhunderte ...“, „Keine Rückkehr zum Bündnis von Thron und Altar ...“, „Keine Rückkehr zum Protektorat einer Partei über die Kirche ...“!

Eine derartige Erklärung mußte in einem Land umwälzende Bedeutung haben, in dem spätestens seit der Gegenreformation die politische Macht das Schicksal und die Entwicklung der katholischen Kirche in wesentlicher Weise mitentschied. Bis heute wirkt in Österreich diese zwangsweise Rekatholisierung mit ihren administrativen Details nach, die in amtlichen Bestätigungen über den Meßbesuch, die Beichtzettel etc. ihren Ausdruck fanden. *Katholisch-Sein* wurde auf diese Weise in Österreich nicht primär zu einer freien, persönlichen Entscheidung, sondern zu einem *Prinzip der Staatsräson*, der man sich zu fügen hatte. Wer anders dachte, mußte auswandern, etwa in die damals neugewonnenen Territorien in Ungarn, denn der Andersdenkende stellte sich nicht nur gegen die Kirche, sondern auch gegen die politische Herrschaft. Erst sehr viel später sollte sich herausstellen, welche geistigen Abgründe diese Entwicklung bewirkte. So ist es gewiß mehr als ein Zufall, daß ausgerechnet in jenen inneren, abgeschlossenen Alpentälern, wo sich der Geheimprotestantismus vor der staatlichen und kirchlichen Macht lange verborgen hielt, in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts der illegale Nationalsozialismus besonderen Zulauf erhielt. Und als Bundeskanzler *Engelbert Dollfuß* im Juli 1934 durch Angehörige einer illegalen SS-Standarte im Wiener Bundeskanzleramt ermordet wurde, da flammte der Bürgerkrieg nicht in erster Linie in der Bundeshauptstadt, sondern eben in jenen Gebieten auf: Im steirischen Enns- und Murtal, im Kärntner Lavanttal, im oberösterreichischen Alpenvorland, überall dort also, wo sich die wuchernde Aggression gegen die Herrschenden in Wien und gegen die mit ihnen verbündete Kirche freie Bahn suchte.

Das Bündnis von Thron und Altar war seit den Zeiten der Gegenreformation in Österreich eine gegebene Tatsache. Seine triumphale Überhöhung fand dieses Bündnis nach den Siegen über die Türken, deren 300-Jahr-Feier ein äußerer Anlaß für das Datum des Österreichischen Katholikentages 1983 ist. Der Barockstil war die künstlerische Ausformung dieses Triumphes. Mächtige Klosterbauten wie etwa in Melk oder St. Florian machten aus Österreich ein „Klosterreich“, und sie symbolisieren eindrucksvoll, was man damals dachte und fühlte: Gott hat den kaiserlichen Waffen den Sieg geschenkt, um die jahrhundertelange Bedrohung durch die Türken im Osten und Südosten durch eine „pax austriaca“ abzulösen. Seit damals prägen Bestandteile eines barocken Lebensgefühls den österreichischen Alltag, allen späteren Wechselfällen der Geschichte zum Trotz: Der Sinn für das Schöne und Musische, die Verehrung der Tradition, die Vorliebe für die Form, für Feste jeder Art, fürs Theatralische und die Lust, etwas darzustellen und vorzuspielen. Mit Prozessio-

nen, Kapellen, Bildstöcken, Wegkreuzen und Volksbräuchen aller Art ist seit der Barockzeit das österreichische Volksleben in ein kirchliches Kleid eingehüllt, das schützt und wärmt. Wehe aber, wenn Menschen, die in diesem Milieu aufwachsen, ihre Umgebung verlassen müssen: Sie streifen dann oft und schnell die kirchliche Hülle ab, die sich durch das heimatliche Ambiente zu Hause wie selbstverständlich ergeben hat, die aber in anderer Umgebung häufig fremd und sinnentleert anmutet. Bis in unsere Gegenwart kommt es daher oft vor, daß Bauernsöhne, die in einer vielleicht gar nicht weit entfernten Industriestadt in einer Fabrik Arbeit bekommen, binnen kürzester Zeit den Glauben ihrer Väter verloren haben.

Ausprägungen von besonderer Widersprüchlichkeit

Das traditionelle Bündnis von politischer Macht und Altar in Österreich, das erst 1938 endgültig zerbrochen ist und 1945 durch eine neue Konzeption ersetzt wurde, hat aber noch eine ganz andere Ausprägung von besonderer Widersprüchlichkeit erfahren, und auch sie prägt die Kirche in Österreich samt ihrem Umfeld bis zum heutigen Tag: Die *Aufklärung*, wie sie von Kaiser *Joseph II.* geplant und in die Praxis umgesetzt worden ist. Zweihundert Jahre vor Johannes Paul II. kam ein anderer Papst, Pius VI., nach Österreich, um Joseph II. wenigstens von einigen seiner Maßnahmen gegenüber der Kirche abzuhalten. Die Reise dieses Papstes blieb jedoch ergebnislos. Der Kaiser setzte seine Kirchenreform durch, die eine ganze Reihe sehr erfreulicher und notwendiger Neuerungen umfaßte, so z. B. die Gründung neuer Pfarren nach den Erfordernissen der Seelsorge. Die Trias Kirche – Schule – Pfarrhaus, die heute noch von Istrien bis Galizien, von Kroatien bis Tirol das äußere Bild zahlreicher Siedlungen prägt, ist Ausdruck dieses staatlichen Reformwillens, der gegen den Willen der Kirche durchgesetzt wurde. Die Aufklärung in Österreich bedeutete aber auch das schrankenlose Hineinregieren staatlicher Behörden in die Angelegenheiten der Kirche, bis zur Frage, wie viele Kerzen bei einem Gottesdienst angezündet werden durften.

Nicht weniger verheerend wirkte sich die *Bürokratisierung des kirchlichen „Betriebes“* aus, und noch heute wird in Österreich das Pfarrhaus da und dort als „Pfarramt“ bezeichnet, dessen „Pfarrkanzlei“ bestimmte „Amtsstunden“ einzuhalten hatte. Seelsorge sei wichtig, um gute Staatsbürger heranzubilden: So meinte man damals. Dieser Standpunkt der Nützlichkeit im Sinn der Staatsräson hat sich inzwischen, nach dem Gesetz des sinkenden Kulturgutes, weit verbreitet: Meinungsumfragen der Gegenwart beweisen, daß selbst ungläubige Österreicher der Kirche eine gewisse „Erziehungsfunktion“ zuweisen. Darüber hinaus herrscht die Auffassung vor, man solle Religion und Christentum nicht „übertreiben“. An die Regel, daß allzuviel ungesund sei, hält man sich gern in Österreich – auch und gerade im religiösen Bereich. So haben es beispielsweise *beschauliche Orden* heute wie zu

Zeiten des Kaisers Joseph schwer, Verständnis zu finden, denn zum Unbedingten des Glaubens findet man in Österreich nicht so leicht einen Zugang. Kein Wunder, daß die Zahl der „einheimischen“ Heiligen relativ klein ist.

Als die Donaumonarchie 1918 zusammenbrach, da war dies für die unter permanentem staatlichem Schutz herangewachsene Kirche ein Schock. Nach den Erfahrungen in der Gegenreformation, in der Barockzeit und in der josephinischen Tradition suchte die Kirche jetzt eine andere weltliche Schutzmacht, die die zerbrochene Stütze des Thrones ersetzen sollte. Sie fand sie in der Christlich-sozialen Partei. In der Angst vor der austromarxistischen Radikalität wurden in den zwanziger Jahren nicht wenige katholische Pfarrhäuser zu christlichsozialen Ortsparteizentralen, Priester übernahmen Positionen als Parteifunktionäre, Abgeordnete oder Regierungsmitglieder, mehrmaliger Bundeskanzler wurde Prälat Ignaz Seipel. Nur vereinzelte Priester wie *Michael Pfliegler* wandten sich leidenschaftlich gegen diese unterschiedslose Vermengung von Religion und Parteipolitik, während die Sozialdemokraten eine breite Austrittswelle aus der Kirche des „Prälaten ohne Milde“ organisierten und ihre Abneigung gegen die christliche Religion in massivster Weise artikulierten.

Am Vorabend des blutigen Bürgerkrieges 1934 versuchte Bundeskanzler *Engelbert Dollfuß* im Kampf gegen die marxistische Linke und gleichzeitig in der Auseinandersetzung mit dem inzwischen in Deutschland an die Macht gekommenen Nationalsozialismus einen „christlichen Ständestaat“ auf autoritärer Grundlage zu gründen. Der Katholikentag des Jahres 1933 spielte dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Auch dieser Katholikentag wurde wie sein „Nachfolger“ fünfzig Jahre später in *Erinnerung an den Entsatz von Wien im Jahr 1683* begangen. Er sollte ein „gesamtdeutscher“ Katholikentag sein, doch aus dem „Reich“, wie man damals in Österreich sagte, kamen keine Gäste mehr: Hitler hatte inzwischen über Österreich die sogenannte „1000-Mark-Sperre“ verhängt, d. h., jeder Deutsche, der nach Österreich einreisen wollte, hatte 1000 Reichsmark an der Grenze zu erlegen. Damit war nicht nur die deutsche Beteiligung am Katholikentag in Wien auf Null reduziert, sondern auch die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft in Salzburg, Tirol und Vorarlberg tödlich getroffen: Der Wirtschaftskrieg gegen Österreich hatte begonnen.

Beim Katholikentag 1933 distanzierte sich die Kirche in Österreich keineswegs von dem Projekt des „christlichen Ständestaates“, das von vornherein kaum Chancen auf Erfolg haben konnte. Dieser Versuch war der letzte Ausdruck des österreichischen Integralismus, der sich die Zukunft nicht anders als in einer dauernden Identität von Kirche und „christlichem Staat“ vorstellen konnte.

Erst in den Lagerstraßen der Hitlerschen KZ, in die nach dem (auch von den österreichischen Bischöfen bejahten) „Anschluß“ zunächst fast ausschließlich österreichische Katholiken, Laien und Priester, eingeliefert wurden, ver-

flogen die ideologischen Illusionen. Auch der Schock, nach Jahrhunderten unter staatlichem Schutz nun plötzlich einem kirchenkämpferischen Regime ausgeliefert zu sein, legte sich nach der ersten Verwirrungsphase. Und in den folgenden sechseinhalb Jahren der Verfolgung wuchs in erstaunlichem Ausmaß die innere, selbständige Kraft der Kirche in Österreich. Gewiß, während dieser Prüfung fielen viele, allzu viele von der Kirche ab. Gleichzeitig aber zeigte sich bei einem gar nicht so kleinen Kreis von Gläubigen ein unbedingter Wille zum Bekenntnis, wie er in dieser Form in Österreich lange unbekannt war, und der österreichische Klerus erbrachte den prozentuell höchsten Anteil an den Opfern des nationalsozialistischen Terrors in Österreich. Nach vielen Jahrhunderten scheinbarer Geborgenheit unter dem Schutzmantel der politischen Macht besaß die Kirche in Österreich zum erstenmal wieder Märtyrer aus den eigenen Reihen.

Konzentration auf die Seelsorge

Mit dem Wiedererstehen Österreichs im Jahr 1945 hatte die Kirche eine neue, innere Autorität gewonnen, die über ihre eigenen Grenzen hinausreichte. Im Untergrund waren die Entwürfe für ein neues Österreich entstanden, und sie sind es, die weitgehend auch heute noch die rot-weiß-rote Alpenrepublik bestimmen: keine Neuauflage des politischen Katholizismus von ehemals; Rückzug der Kirche aus der Politik des Tages; keine Nachfolgepartei der Christlichsozialen, sondern Gründung einer neuen, breit gefächerten, *christlich orientierten Sammelpartei*, die nicht mehr mit einem christlichen Namensschild versehen sein, sondern die allgemeine Bezeichnung „Österreichische Volkspartei“ tragen sollte.

Die Kirche konzentrierte sich indessen auf die eigentliche *pastorale Tätigkeit*: Viele neue Pfarren wurden in allen Teilen des Landes gegründet, viele neue Kirchen gebaut, Pfarrheime errichtet. Erstaunliche Erfolge stellten sich in den ersten Jahren vor allem auf dem Feld der Jugendseelsorge ein. Viele, die der Kirche in den Jahren der Verfolgung den Rücken gekehrt hatten, kamen wieder zu ihr zurück. Männer der Kirche waren es, die vor Rache und Vergeltung warnten und die den Staat aufforderten, die ehemaligen kleinen Nationalsozialisten nicht zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu degradieren. In allen Diözesen wurden Bildungshäuser eröffnet, das Katholische Bildungswerk nahm seine weit gestreute Arbeit auf, die Katholische Aktion mit ihren Gliederungen und Werken war bald straff organisiert.

Trotz dieser hoffnungsvoll begonnenen, vielseitig und umsichtig vorangetriebenen Tätigkeit stellte sich schon nach den ersten Nachkriegsjahren heraus: Der religiöse Frühling, den manche Katholiken nach Kriegsende erhofft hatten, war nicht eingeleitet. Zu viele Wunden hatte die christliche Substanz in der Vergangenheit erlitten, als daß innerhalb weniger Jahre alles Versäumte, Vertane und Verfehlete wieder gutgemacht hätte werden können. *Otto Mauer*, der charismatische Prediger und vielseitige

Avantgardist, bezeichnete wiederholt die Kirche in Österreich (zum Schrecken mancher ihrer Amtsträger) als „weitaus größte Organisation der Halb- und Ungläubigen des Landes.“ So provozierend dieser Satz in vielen Ohren geklungen haben mochte – im Abstand von einigen Jahrzehnten wird man gewahr, daß Treffendes damit ausgesprochen wurde, denn die Kirche in Österreich hat eben nicht nur die strahlenden Kapitel der österreichischen Geschichte mitgestaltet, sie hat auch die langen inneren Auslaugungsprozesse österreichischer Vergangenheit, die vielen Abfallsbewegungen von den Intellektuellen bis zu den Arbeitern, die Pervertierung des Österreichischen bis zur Charakterlosigkeit des „Herrn Karl“ und die landesübliche Verniedlichung des Großen und Absoluten bis zum „lieben Herrgotterl da droben“, wie sie in den weinseligen Heurigenliedern gang und gäbe ist, in ihre Passion hereingenommen. Wer eine Bilanz des österreichischen Katholizismus versucht, der darf auch darüber nicht schweigen.

Der Kirche in Österreich und ihrer Leitung ist es jedoch hoch anzurechnen, daß sie trotz des ausgebliebenen großen religiösen Aufbruchs nach Kriegsende von ihrer Zielsetzung für die Zukunft nicht abgegangen ist. Konsequenter hielt sich die österreichische Kirchenführung aus den Fragen der Tagespolitik heraus. Vor Wahlen erschienen keine Hirtenbriefe österreichischer Bischöfe mehr, die offen oder verschlüsselt zugunsten einer politischen Partei Stellung nahmen. Trotzdem blieben die *Beziehungen zur Sozialistischen Partei* lange Zeit eher frostig und besserten sich erst seit den sechziger Jahren langsam, während das Verständnis innerhalb der Österreichischen Volkspartei für diesen pastoralen Kurs der Kirche bis zum heutigen Tag begrenzt und zwiespältig ist.

Immerhin ist es durch diese Vorgangsweise möglich geworden, die einzelnen Bestimmungen des seinerzeitigen, sehr umstrittenen Dollfuß-Konkordates Schritt für Schritt in Verhandlungen mit der Republik Österreich in Kraft zu setzen. Auf diese Weise kam es zu einvernehmlichen Verträgen über die Gründung der neuen Diözesen Innsbruck, Feldkirch und Eisenstadt und zur Regelung der vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen Kirche und Staat, die eine jährliche staatliche Zahlung von 100 Millionen Schilling als Entschädigung für die in der NS-Zeit eingezogenen kirchlichen Vermögen vorsieht. Auch die lange umkämpften Schulgesetze konnten schon in den sechziger Jahren unter Dach und Fach gebracht werden. Sie sichern den konfessionellen Schulen in Österreich zum erstenmal in der Geschichte eine staatliche Subventionierung: Der Staat erklärte sich bereit, 60% der Personalkosten zu übernehmen, seit 1972 wird dieser Zuschuß auf 100% der Personalkosten in den konfessionellen Schulen aufgestockt.

Radikal veränderte Fragestellung

Otto Mauer analysierte diese Entwicklung aus Anlaß des Österreichischen Katholikentages 1962 in Salzburg in seiner Zeitschrift „Wort und Wahrheit“ mit folgenden Sät-

zen: „Der österreichische Katholizismus hat sein Verhältnis zu den Parteien liberalisiert, aber es wäre voreilig und unrealistisch, die Katholiken zu gleicher Distanz von den Parteien aufrufen zu wollen. So wertvoll für die Seelsorge eine gewisse Entideologisierung der SPÖ (als ehemals monolithisch-marxistischer Partei) ist, so sehr sich das Verhältnis zwischen Kirche und Arbeiterschaft gebessert hat, so läßt sich doch nicht verkennen, daß sich die Linke erst zögernd mit dem Gedanken befreundet, ihre aufklärerisch-laizistische Haltung aufzugeben und dem etatistischen Trieb durch echte demokratische Einsichten, auch auf kirchenpolitischem Gebiet, Zügel anzulegen. Die ÖVP als katholische Traditionspartei wird ihrerseits verstehen müssen, daß sich die Aufmerksamkeit, vor allem der Hierarchie, derzeit mit besonderem Nachdruck auf die Bereinigung des Verhältnisses zum ehemaligen ‚Erzfeind‘ richtet, dessen Kirchenaustrittspropaganda und Freidenkertum der Kirche in der Zwischenkriegszeit Hunderttausende von Gliedern entriß. Der sich anbahnende *politische Pluralismus* unter den österreichischen Katholiken bedeutet keinen Rückzug aus dem öffentlichen Leben, keine Emigration aus dem Gemeinwesen. Demokratisierung der Demokratie, Ausrichtung der Parteien auf das Gemeinwohl, Schutz der Benachteiligten in der Wohlfahrtsgesellschaft, Kampf für die materielle und moralische Sanierung der Familien – das sind etwa die Hauptanliegen von heute.“

Zwanzig Jahre später hat sich die Fragestellung radikal verändert. Die Konzeption einer neuen, unbefangenen Beziehung zwischen Kirche und Staat, die indessen mit dem Namen des Kardinals von Wien, *Franz König*, untrennbar verbunden ist, ist wohl nach wie vor wirksam. Sie hat sich bewährt und niemand wüßte eine bessere Strategie für die Zukunft. Und doch tauchen immer häufiger nachdenkliche Fragen auf, ob denn der strikt pastorale Kurs der Kirche in Österreich nicht allmählich zu einem „*Pastoralismus*“ ausgeartet, ob damit nicht *das Prophetische* zu kurz gekommen sei, ob man nicht vielleicht auch das in Österreich besonders wichtige *Ästhetische*, das *Künstlerische* und *Musische* unterbewertet habe.

Für eine völlig veränderte Fragestellung sorgten auch die vielfältigen *Nachwirkungen der Jugendrebellion*, die Ende der sechziger Jahre wie ein Steppenbrand rund um die Welt ging und die Österreich scheinbar nur am Rande streifte. Das Ausbleiben spektakulärer Konfrontationen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in der Folge auch in Österreich zu einer tiefgreifenden geistigen Erschütterung gekommen ist, die gerade im kirchlichen Raum weitreichende Konsequenzen hatte: In vielen Teilen des Landes kam es zu einem Zusammenbruch der seit 1945 aufgebauten Strukturen der Katholischen Jugend; in mehreren Hochschulstädten kollabierte die bis dahin un- gemein erfolgreiche Katholische Hochschuljugend; die Katholische Arbeiterjugend, die in den fünfziger Jahren einen stürmischen Aufschwung erlebte, so daß Optimisten bereits von einer „Rückeroberung der Arbeiterschaft“ sprachen, verfiel einseitigen gesellschaftsreform-

rischen Parolen, die sowohl in der Befreiungstheologie wie auch im Neomarxismus ihre Wurzeln hatten. Damit fiel die KAJ auf kleine, in der Regel bedeutungslose Zirkel zurück.

Ein allzu privates Kirchenbild

Diese Auswirkungen, die sich zuerst bei der Jugend in ihrer ganzen Wucht zeigten, betrafen schon wenig später in gleicher Weise den Sektor der Erwachsenen. Der *Kirchenbesuch*, der in Österreich schon im Jahr 1945 um etwa 12 bis 15 Prozentpunkte niedriger lag als in der Bundesrepublik, sank bis zur Mitte der siebziger Jahre auf einen Durchschnittswert von dreißig Prozent. Der Rückgang wirkte sich besonders spektakulär im Westen Österreichs aus, wo bis dahin ein Sonntagskirchenbesuch von 65 und 70% verzeichnet werden konnte und wo sich nunmehr ein drastischer Rückgang von 20% in Tirol und von mehr als 30% in Vorarlberg ergab. In den großen Städten wie Wien und Graz war der Kirchgang immer schon relativ gering, nun sank er in einzelnen Bezirken auf weniger als 10 Prozent. Erst in den allerletzten Jahren konnte ein weiterer kontinuierlicher Rückgang gestoppt werden, und es kommt nun zu einem Auf und Ab, das noch keine sicheren Schlüsse für die Zukunft zuläßt.

Ähnlich ist es bei den *Kirchenaustritten* in Österreich. Wenn es auch nicht zu einem so drastischen Anstieg der Austritte wie in der Bundesrepublik gekommen ist, so sind doch seit 1967 etwa 20 000 Austritte im Jahr zu verzeichnen. Ein vorübergehendes Abflachen der Austrittskurve an der Wende zu den achtziger Jahren ließ die Hoffnung aufkeimen, das Ärgste würde vorüber sein, doch kam es dann neuerlich zu einem Ansteigen der Austrittskurven, so daß auch auf diesem Gebiet Voraussagen seriöserweise nicht zu geben sind. Auch die Zahl der Priesterweihen, die Ende der fünfziger Jahre noch ein Rekordergebnis von mehr als 200 erreichten, sank in den siebziger Jahren immer mehr ab, um sich erst in den letzten beiden Jahren etwas zu stabilisieren. Die 67 Priesterweihen des Jahres 1983 in ganz Österreich zeigen aber noch immer keine deutliche Aufwärtsbewegung, wenn auch mehr Theologiestudenten als bisher in die Priesterseminare eintreten. Die unvermeidliche Folge sind immer mehr priesterlose Pfarren. Kärnten verzeichnete schon 1975 105 unbesetzte Pfarren, das sind 31,4% aller Pfarren. Nicht weniger fatal sind die qualitativen Probleme, die sich durch den Priesterangel bei der Besetzung wichtiger diözesaner und anderer kirchlicher Posten ergeben.

Am schlimmsten hat die Krise die weiblichen Orden betroffen, die von einem dramatischen Rückgang der „Einkleidungen“ heimgesucht sind. Zahlreiche Niederlassungen, Schulen, Stationen in Krankenhäusern mußten bereits aufgegeben werden. Die „Verdunstung von Kirchlichkeit“, wie *Paul Michael Zulehner* diesen Vorgang bezeichnet, läßt sich auch an dem Rückgang der Beichte und der Tauffreudigkeit sowie der kirchlichen Trauung ablesen.

Andererseits ist ein ständig steigender Kommunionempfang zu verzeichnen, der freilich nicht immer mit ungeteilter Freude zu begrüßen ist, der aber doch als Indiz für eine gewisse „Verdichtung der Kirchlichkeit“ in den Kernschichten angesehen werden kann. Noch deutlicher in diese Richtung weisen die vielen *Laien-Mitarbeiter* in den Pfarren, die sich als Pfarrgemeinderäte, als Firmhelfer oder Tischmütter, als Eheberater oder Mitarbeiter von Sozialarbeitskreisen zur Verfügung stellen. Obwohl exakte Globalzahlen für diese Bereiche noch fehlen, kann man doch mit Bestimmtheit sagen, daß der Kirche in Österreich noch nie in ihrer jüngsten Geschichte so viele hauptamtliche und nebenamtliche Laien-Mitarbeiter zur Verfügung gestanden sind wie jetzt. Ausgehend von den Synoden der einzelnen Diözesen und vom Österreichischen Synodalen Vorgang, die alle in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stattgefunden haben, kam es zu einer deutlichen Verlebendigung der Gemeindefarbe, in der sich Kirche selbst zu verwirklichen sucht. Viele neu gegründete Gruppen – Gebetsrunden, Dritte-Welt-Arbeitskreise, Friedensinitiativen und auch charismatische Gruppen aller Art – ergänzen diesen Eindruck des Aufbruchs an der sogenannten Basis.

Dennoch fragen sich immer mehr aktive Katholiken in Österreich, ob alle diese Bemühungen nicht doch insgesamt der Versuchung eines allzu *privatistischen Kirchenbildes* erliegen. Die Freude, in kleinen Gruppen miteinander zu arbeiten und einander herzlich zugetan zu sein, kann manchmal dazu führen, daß der Missionsauftrag, nach außen zu wirken, vergessen wird, und daß überregionale oder gar nationale Aufgaben einfach übersehen werden. Die einseitig pastorale Sicht der Dinge kann dazu führen, daß der Wille, seine Auffassung auch politisch durchzusetzen oder in einen kulturellen Kontext umzuformen, eines Tages überhaupt schwindet. Der Beschluß über die Einführung der Fristenlösung in Österreich erinnert daran, daß man in dieser sehr gravierenden Angelegenheit gegen die Kirche und gegen die Katholiken Politik machen konnte, ohne daß dies für die Initiatoren dieser Politik in irgendeiner Weise abträglich gewesen wäre. Bis jetzt ist von katholischer Seite noch keine überzeugende Strategie entwickelt worden, wie man auf Grund dieses Sachverhalts in Zukunft systematisch handeln soll.

„Perspektiven der Hoffnung“

Der Katholikentag 1983 steht somit vor *neuen Fragestellungen*. Und wenn es auch das erste Ziel dieses Katholikentages ist, der verbreiteten Stimmung der Resignation und Apathie mit dem Hinweis auf die christliche Hoffnung entgegenzuwirken, so werden doch auch konkrete Aufgaben anvisiert. In den „Perspektiven der Hoffnung“ dieses Katholikentages, die ursprünglich dem „Mariazeller Manifest“ vor 30 Jahren naheifern sollten, dieses hochgesteckte Ziel aber nicht erreichten (vgl. HK, Juli 1983, 327–331), wird sehr ausführlich auf das Problem des Friedens und des Krieges eingegangen und den Katholiken die Aufgabe des Friedensstiftens ans Herz ge-

legt. Von den Regierungen wird gefordert, die *Friedensbewegungen* zuzulassen. Mehr Offenheit wird auch zugunsten der ethnischen Volksgruppen verlangt. Nach Kärntner Vorbild soll ein kirchlicher Koordinierungsausschuß für alle Volksgruppen in Österreich gebildet werden. Die „Perspektiven der Hoffnung“ sprechen sich schließlich gegen jeden Ausländerhaß und gegen Antisemitismus aus, den Gastarbeitern soll der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft erleichtert werden.

Mit diesen Forderungen, die „zu allererst an uns selbst gerichtet sind“, setzt der Katholikentag 83 die große Linie des österreichischen Katholizismus fort. Und wie schon bisher wird in innerkirchlichen Streitfragen auch jetzt wieder eine gemäßigt-fortschrittliche Linie vertreten. So heißt es z. B. in dem von Bischöfen in letzter Minute noch vorsorglich abgeänderten Abschnitt über die Frau, daß dem Wunsch nach *stärkerer Einbindung der Frauen in die Seelsorge* und Liturgie Rechnung zu tragen sei: „Die derzeit gegebenen Möglichkeiten sollen ausgeschöpft, erweiterte Möglichkeiten des kirchlichen Dienstes für Frauen erneut geprüft werden.“

Der Passus hinsichtlich der *Geschiedenen und Wiederverheirateten* ist nach der Intervention der Bischöfe noch viel vorsichtiger ausgefallen: „Sie sollen erleben können“, meint das Dokument des Katholikentages 83, „daß sie zu unserer Gemeinschaft gehören.“

Es ist nicht zu erwarten, daß sich daran die Gemüter entzünden werden. Wohl aber ist es möglich, daß die so geschichtsbewußte Gestalt des jetzigen Papstes den Katholikentag in Wien dazu benützen wird, um über die Stunde und den Tag hinaus von der Mitte Europas aus neue *Initiativen* zu setzen, um zur Überwindung der Spaltung unseres Kontinents beizutragen. In dieser Richtung

hat der österreichische Katholizismus, wie immer er jeweils intern beschaffen war, seit Jahrzehnten viele Zeichen gesetzt. So waren es an erster Stelle die österreichischen Katholiken, die sich während der Volkshebung in Ungarn im Jahr 1956, während des Prager Frühlings im Jahr 1968 und während der Polenkrisen in den letzten Jahren für eine großzügige Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen haben. 250 000 ungarische, 45 000 tschechoslowakische und 80 000 polnische Flüchtlinge kamen auf diese Weise nach Österreich. Dazu sind noch Hunderttausende sowjetischer Juden zu zählen, die über Wien als Schlupfloch in den Westen gelangten. Österreich ist auf diese Weise zu einer Hoffnung für viele verfolgte Menschen im Osten geworden. Die Hilfe wurde aber nicht nur passiv, sondern auch aktiv gewährt: Durch finanzielle Mittel, Bücher und Zeitschriften, die über Österreich in die kommunistisch regierten Länder gelangten und gelangen. Als neutrales Land bietet Österreich viele Möglichkeiten für unverdächtige persönliche Kontakte. Systematisch ausgebaut wurden diese Kontakte auch zu allen Ostkirchen.

Der Papst wird diese Gelegenheiten sicher nicht ungenutzt lassen. Er wird, das kann man schon heute mit ziemlicher Sicherheit sagen, von Wien aus den europäischen Kontinent aufrufen, trotz aller Spaltungen seine geistige Einheit zu suchen. Denn, so sagte Kardinal König im Vorjahr bei dem Europäischen Bischofssymposium in Rom, wenn die Kirche von Europa spricht, meint sie nicht das Europa der Militärblöcke, auch nicht das Europa der Wirtschaftsgemeinschaft oder der Freihandelszone, sondern „das ganze Europa, das durch die christliche Missionierung eine geistige Einheit bildete – von Portugal bis zum Ural, von Island bis Malta“. *Fritz Csoklich*

Verständigung über Luther

Eine katholisch-lutherische Erklärung zum Lutherjahr

Bereits im Juni-Heft (S. 286) haben wir auf das Mitte Mai veröffentlichte Wort der Gemeinsamen römisch-katholischen/evangelisch-lutherischen Kommission anlässlich des 500. Geburtstages Martin Luthers hingewiesen. Wegen der Dokumentationen über die bischöflichen Friedenshirtenbriefe im Juni- und Juli-Heft können wir den Wortlaut der Erklärung, die rangmäßig und ökumenisch zu den wichtigsten des Luther-Jahres gehört, erst hier wiedergeben.

I. Vom Streit zur Versöhnung

1. In diesem Jahr erinnern sich unsere Kirchen des 500. Geburtstages Martin Luthers. Weder die evangelische noch die katholische Christenheit kann an der Gestalt und der Botschaft dieses Menschen vorbeigehen. An der Schwelle zur Neuzeit hat Luther die Entwicklung der Kirchen-, Sozial- und Geistesgeschichte bis heute entscheidend mitbestimmt.

2. Während Jahrhunderten wurde Luther auf entgegengesetzte Weise beurteilt. Für Katholiken war er lange Zeit der Inbegriff des Häretikers. Es wurde ihm vorgeworfen, die eigentliche Ursache der abendländischen Kirchenspaltung zu sein. Auf evangelischer Seite begann schon im 16. Jahrhundert die Glorifizierung Luthers als Glaubensheld, zu der nicht selten eine nationalistische Heroisierung hinzukam. Vor allem aber wurde Luther häufig als Stifter einer neuen Kirche verstanden.

3. Mit der jeweiligen Beurteilung Luthers war auch das Urteil über die andere Kirche verbunden. Man bezichtigte sich gegenseitig des Abfalles vom rechten Glauben und der wahren Kirche.

4. Im Raum der reformatorischen Kirchen und Theologie wurde seit dem Beginn unseres Jahrhunderts Luther neu erschlossen. Bald danach beginnt auch katholischerseits eine sich intensivierende Beschäftigung mit der Person und dem Werk Luthers. Sie hat beachtliche